



FDP | 03.11.2015 - 08:00

STRACK-ZIMMERMANN zur Sterbehilfe-Debatte: Keiner Strafrechtsverschärfung zustimmen

Berlin. Zur Debatte um die Neuregelung der Sterbehilfe erklärte die stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende DR. MARIE-AGNES STRACK-ZIMMERMANN:

„Eine Neuregelung der Sterbehilfe muss die Selbstbestimmung in den Mittelpunkt stellen und darf keine neuen Unsicherheiten mit sich bringen. Der federführend von den Abgeordneten Michael Brand und Kerstin Griese vorgelegte Gesetzesentwurf wird dem nicht gerecht. Er bedroht helfende Ärzte vielmehr mit Strafverfolgung. Deshalb appelliere ich mit Nachdruck an die Abgeordneten, einer Strafrechtsverschärfung nicht zuzustimmen.“

Auch wir Freien Demokraten stellen uns entschieden gegen die geschäftsmäßige Sterbehilfe. Jedoch hat kein Politiker das Recht, Menschen vorzuschreiben, wie und mit wessen Hilfe sie ihren letzten, schweren Weg zu gehen haben. Stattdessen ist es unsere Aufgabe, ihnen qualifizierte Beratung zur Seite zu stellen, ihnen ihren letzten Weg so menschenwürdig wie möglich zu machen und damit auch den Betroffenen diese letzte Entscheidung selbst zu überlassen.“

Quell-URL: <https://www.liberale.de/content/strack-zimmermann-zur-sterbehilfe-debatte-keiner-strafrechtsverschaeerfung-zustimmen>